



Antrag

der Abgeordneten **Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm, Dieter Arnold, Jörg Baumann und Fraktion (AfD)**

Grenzschutz II: Stationäre Grenzschutzmaßnahmen um mindestens ein Jahr verlängern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, die während der Fußball-Europameisterschaft geltenden verschärften, insbesondere stationären Grenzschutzmaßnahmen bis mindestens zum 30. Juni 2025 zu verlängern.

Begründung:

Bereits die lange Coronaphase hat gezeigt, dass ein effektiverer Grenzschutz durchaus möglich ist, wenn der politische Wille dafür da ist. Die Wanderungsstatistik zeigt, dass die Nettozuwanderung nach Deutschland – ausgehend von dem hohen Level im Jahr 2015 – vor allem in den Jahren 2020 und 2021 stark zurückgegangen ist. Dies widerlegt Behauptungen, auch durch Ex-Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass es nicht möglich sei, die deutschen Grenzen zu schützen.

Auch die temporäre Verschärfung der stationären Grenzschutzmaßnahmen während der Fußball-EM 2024 ist ein Beleg dafür. Wie die „Welt“ am 29. Juni 2024 berichtete, hat es in den ersten drei Wochen der EM rund 830 000 Kontrollen der Polizei gegeben. Dabei seien laut Bundespolizei von 4 659 festgestellten unerlaubten Einreisen 3 261 Personen zurückgewiesen worden. Weiterhin wurden 146 Personen abgewiesen, die nach erfolgter Abschiebung wieder einreisen wollten. 603 offene Haftbefehle wurden vollstreckt und 150 Schleuser vorübergehend festgenommen. Diese Bilanz spricht klar und deutlich für die Umsetzung der Forderung unseres Antrags.

Keine Alternative ist dagegen das Abwarten, ob die Maßnahmen des EU-Migrations- und Asylpakets Wirkung zeigen. Denn erstens ist dieses Paket höchst lückenhaft. Zweitens beginnt die praktische Umsetzung frühestens in zwei Jahren. Und drittens wird es weitere Jahre dauern, bis absehbar ist, ob mit den Maßnahmen die gewünschten Ziele erreichbar sind. Bis es soweit ist, kann auf einen nationalen Grenzschutz nicht verzichtet werden.